

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr.-Ing. Rainer Jork, Ilse Aigner, Günter Baumann, Hans-Dirk Bierling, Klaus Brähmig, Wolfgang Dehnel, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Gottfried Haschke (Großhenndorf), Norbert Hauser (Bonn), Georg Janovsky, Steffen Kampeter, Ulrich Klinkert, Manfred Kolbe, Werner Lensing, Dr. Michael Luther, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Thomas Rachel, Christa Reichard (Dresden), Katherina Reiche, Hans-Peter Repnik, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Arnold Vaatz, Angelika Volquartz, Heinz Wiese (Ehingen) und der Fraktion der CDU/CSU

Nutzung von Geoinformationen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesregierung hat am 17. Juni 1998 den „Bericht zur Verbesserung auf dem Gebiet des Geoinformations- und Kommunikationswesens in Deutschland“ beschlossen. Darin heißt es: „Geoinformationen (orts- und raumbezogene Daten zur Beschreibung von Gegebenheiten eines Landes) bilden einen wesentlichen Teil des in der modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft vorhandenen Wissens. Sie werden auf allen Ebenen in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und vom Bürger benötigt; sie sind Grundlage des planerischen Handelns und ihre Verfügbarkeit maßgebliche Voraussetzung für Standort- und Investitionsentscheidungen. Wichtige Bereiche sind die Raumplanung, Telematik/Verkehrslenkung, Umwelt- und Naturschutz, Landesverteidigung, innere Sicherheit, Zivilschutz, Versicherungswesen, Gesundheitsvorsorge, Land- und Forstwirtschaft, Bodenordnung, Versorgung und Entsorgung sowie Bürgerbeteiligung an Verwaltungsentscheidungen. Geoinformationen bilden weltweit ein Wirtschaftsgut ersten Ranges mit zunehmender Bedeutung“.

Zum Handlungsbedarf heißt es in dem Bericht:

„Gegenwärtig ist ein effizienter und ressourcenschonender Umgang mit Geoinformationen nicht gewährleistet. Ursache ist zum einen eine unübersehbare Vielfalt an Datenquellen: Geodaten werden durch mangelnde Koordination oft mehrfach erhoben; andererseits bleiben vorhandene Datenquellen vielfach ungenutzt. Die Kenntnis von Datennutzern über Umfang, Qualität, Aktualität und Verfügbarkeit vorhandener Geodaten ist unzureichend. Auch die unterschiedliche Entgeltspolitik erschwert die Datennutzung auf Bundeseite: bundes- oder länder einheitliche Preise gibt es in Deutschland nicht ...“

Die Bundesregierung hat daher 1998 zur Verbesserung der Koordinierung des Geoinformationswesens einen ständigen „Interministeriellen Ausschuss für Geoinformationswesen“ (IMAGI) unter Federführung des Bundesministeriums des Innern eingerichtet. Der IMAGI soll insbesondere

- die Konzeption eines effizienten Datenmanagements für Geodaten auf Bundesebene als prioritäre Aufgabe entwickeln,
- die Bund/Länder-Abstimmung über Kompatibilität, Entgeltfragen und ähnliche Fragen intensivieren,
- Normungs- und Standardisierungskonzeptionen durchsetzen und
- die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Prüfung von Marketing-Elementen für die Vermarktung öffentlicher Daten verbessern.

Schließlich hat die Bundesregierung beschlossen:

„Zur besseren Vertretung der deutschen Interessen im Ausland, insbesondere gegenüber der EU, soll ein hochrangiger Vertreter auf Bundesebene in Fragen der Geoinformation nach außen eingesetzt werden.“

Seit dem Beschluss der Bundesregierung zur Einrichtung des IMAGI sind jetzt bald zwei Jahre vergangen.

Verbesserungen im Geoinformationswesen sind kaum festzustellen. Nach wie vor werden im Bundesgebiet Geodaten nach unterschiedlichen Maßstäben erhoben, angeboten und gehandelt. Einen nationalen Markt für Geoinformationen gibt es nicht. Eine Öffentlichkeitsarbeit findet nicht statt. Existenz und Arbeit des IMAGI sind einer breiteren Öffentlichkeit unbekannt geblieben. Die Protokolle des IMAGI sind vertraulich, über seine Arbeit wird nicht berichtet. Ein hochrangiger Vertreter auf Bundesebene zur besseren Vertretung der deutschen Interessen im Ausland, insbesondere gegenüber der EU, ist nicht berufen worden. Deutschland ist also in Sachen Geoinformation in Brüssel nicht vertreten.

In Deutschland stehen für den Aufbau einer Geodateninfrastruktur kaum öffentliche Finanzmittel zur Verfügung. Die USA fördern den Aufbau einer Geodateninfrastruktur mit jährlich 7 Mrd. US-Dollar. Dort ist die wirtschaftliche Bedeutung des Geoinformationswesens voll anerkannt.

Das Volumen des deutschen Marktes für Geoinformation erreicht 220 Mio. DM und sichert 7 000 Arbeitsplätze. Das geschätzte Wachstum liegt zwischen 10 und 30 % jährlich.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Welche Bedeutung misst diese Bundesregierung der Geoinformation bei?
Welche Anwendungsgebiete für Geoinformation haben aus der Sicht der Bundesregierung besondere Bedeutung?
Wie steht die Bundesregierung zum Kabinettsbeschluss vom 17. Juni 1998?
2. Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um
 - den Zugang zu den amtlichen Geodaten der Bundesländer zu erleichtern,
 - die Bundesländer zu einer einheitlichen marktgerechten Preispolitik zu bewegen,
 - eine Zusammenführung bereits erfasster inhomogener Datenbestände der amtlichen Geodaten der Bundesländer und fortan einheitliche Erfassung und Führung von Geodaten durch die Bundesländer zu erreichen?

3. Warum weist die Bundesregierung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit nicht auf die Bedeutung von Geoinformation hin?
4. Aus welchem Grunde verlautbart die Bundesregierung nichts über die Arbeit des IMAGI?
5. In welcher Weise fördert die Bundesregierung auch finanziell den Aufbau des Geoinformationswesens?
6. Welche Politik verfolgt die Bundesregierung innerhalb der EU in Bezug auf das Geoinformationswesen?
Warum hat die Bundesregierung bisher keinen hochrangigen Vertreter auf Bundesebene zur besseren Vertretung der deutschen Interessen im Ausland, insbesondere gegenüber der EU, berufen?
7. Welche Stellung hat Deutschland im Geoinformationsmarkt im europäischen und außereuropäischen Vergleich?
8. Teilt die Bundesregierung die Meinung, dass eine Zentralstelle für Geoinformationswesen auf Bundesebene nach dem Muster des in den USA seit 1995 existierenden National Geospatial Data Clearinghouse, das durch eine „Executive Order“ des Präsidenten ins Leben gerufen wurde, in Deutschland viele Schwierigkeiten beim Zugang zu Daten der Geoinformation beseitigen könnte?
9. Kann die Bundesregierung sich vorstellen, ein „Freedom of Geographic Information“-Gesetz nach amerikanischem Muster zu verabschieden und wenn nein, warum nicht?
10. Beabsichtigt die Bundesregierung eine stärkere Förderung beim Aufbau von Fernerkundungssystemen auf europäischer Ebene?
11. Inwieweit beeinträchtigen Urheber-, Nutzungsrechts- und Datenschutzfragen die Verwertung von Geodaten?
12. Inwieweit plant die Bundesregierung eine gezielte Förderung beim Aufbau von Forschungs- und Pilotprojekten, um innovative Umsetzungen von Geoinformationen in der Anlaufphase zu unterstützen?
13. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Entwicklung systemoffener Lösungen bei den Geoinformationssystemen (OPEN-GIS) bei?
14. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Fachkräftemangel auf dem Gebiet der Geoinformation zu beheben?
15. Sieht die Bundesregierung angesichts des Fachkräftebedarfs auf dem Gebiet der Geoinformationstechnik die Notwendigkeit, einen entsprechenden Facharbeiterberuf einzurichten?
16. Welche Ergebnisse hat die Bundesregierung von der dreidimensionalen Erdvermessung durch den deutschen Astronauten Gerhard Thiele an Bord des Space Shuttle Endeavour erwartet, und welche Schlussfolgerungen zieht sie nun?

17. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, im Zuge der Wirtschaftsförderung Ost besonders ostdeutsche Unternehmen, die sich mit Geoinformation beschäftigen, zu unterstützen?

Wenn ja, auf welchem Wege könnte eine solche Förderung erfolgen?

Berlin, den 12. April 2000

Dr.-Ing. Rainer Jork
Ilse Aigner
Günter Baumann
Hans-Dirk Bierling
Klaus Brähmig
Wolfgang Dehnel
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Norbert Hauser (Bonn)
Georg Janovsky
Steffen Kampeter
Ulrich Klinkert
Manfred Kolbe
Werner Lensing
Dr. Michael Luther
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Thomas Rachel
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Hans-Peter Repnik
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Dr. Erika Schuchardt
Bärbel Sothmann
Arnold Vaatz
Angelika Volquartz
Heinz Wiese (Ehingen)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion